

Hamburgisches WeltWirtschafts Institut

Standpunkt

DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

DEMOGRAFIE

Ungenutztes Potenzial

Die Diagnose ist eindeutig: Deutschlands Bevölkerung schrumpft, sie wird immer älter und immer bunter. Viele verfolgen diese demografischen Trends mit Sorgen und Ängsten. Bekommen wir eine Republik der Alten – und der Zukunftslosigkeit? Bedroht die steigende Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund nicht unsere kulturelle Identität? Läuft die Demografie also völlig aus dem Ruder?

Die Antwort lautet: Nein! Dass die Bevölkerungszahlen zurückgehen, ist kein Grund für Endzeitstimmung. Weniger Menschen bedeuten zuerst einmal weniger Ballungsstress. Wenn weniger Menschen Strom benötigen, Häuser bauen, Autos fahren und Müll produzieren, kommt das der Ökologie zu Gute. Der richtige Umgang mit demografischen Veränderungen ist aber gleichwohl eine Schicksalsfrage. Es ist dabei weniger die Schrumpfung, sondern eher die Überalterung, die uns herausfordert. Ein immer größerer Anteil der Bürger wird künftig sehr alt sein. Die Zahl der 60-Jährigen und Älteren steigt bis 2030 um fast 40 Prozent von heute gut 20 Millionen auf über 28 Millionen Einwohner, die Zahl der über 80-Jährigen vermutlich sogar um über 70 Prozent von 3,6 Millionen auf 6,3 Millionen.

Wozu das führen kann, zeigen Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Demnach kann der absehbare demografische Wandel zu über 50 Prozent mehr Pflegebedürftigen und zwölf Prozent mehr Krankenhausbehandlungen im Jahr 2030 im Vergleich zu heute führen. Die Zahl der Pflegebedürftigen dürfte von rund zwei Millionen auf fast dreieinhalb Millionen

und die in Krankenhäusern behandelten Fälle von 17 auf 19 Millionen steigen.

Damit der demografische Wandel seinen Schrecken verliert, gibt es nur einen Ausweg: Wir müssen künftig die vorhandenen Potenziale an Humankapital besser nutzen. Ungenutztes Potenzial findet sich bei Menschen, die gerne arbeiten würden, aber aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten können – insbesondere Frauen, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland ist stetig gewachsen. Sie ist jedoch weiterhin deutlich geringer als bei den Männern. Es sind vor allem die Frauen, die ihren Beschäftigungsgrad bei der Geburt eines Kindes reduzieren. Dabei würde es sich lohnen, die Voraussetzungen zu verbessern, damit Frauen verstärkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dazu gehören betriebliche Rahmenbedingungen, die Leistung und nicht Anwesenheit belohnen und es ermöglichen, ort- und zeitunabhängig Aufträge zu erledigen. Und dazu gehören verlässliche Ganztagesschulen mit Mahlzeiten, qualifizierten Aufgabenhilfen und nachmittäglichen Förder- und Freizeitangeboten für die Kinder.

Ein Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen ist auch deshalb wichtig, weil von der Bildungsexpansion der letzten Dekaden vor allem die Frauen profitiert haben. Keine frühere Frauengeneration war auch nur annähernd so gut ausgebildet wie die heutige. Der Anteil der Frauen mit Berufsabschluss ist von rund 40 auf fast 60 Prozent gestiegen, der mit Hoch- oder Fach-

hochschulabschluss von nahezu Null auf über zehn Prozent. Bei den Schulabschlüssen haben die Frauen die Männer überholt und stellen in Realschulen und Gymnasien die Mehrheit. Frauen dürften daher in Zukunft im Schnitt besser ausgebildet sein als Männer. Ein Verzicht auf die Nutzung der erworbenen Fähigkeiten wird für die betroffenen Frauen und für die Gesellschaft somit immer kostspieliger.

Eine andere stille Reserve liegt bei den älteren Arbeitnehmern. Zwar konnte der Trend zu vorgezogenem Vorruhestand und Altersteilzeit durch die Agenda 2010 umgedreht werden. In den letzten Jahren ist die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte in Deutschland wieder gestiegen. Trotzdem müssen ältere Menschen noch besser in den Arbeitsmarkt integriert werden. Es kommt darauf an, dass ältere Arbeitnehmer ihre sozialen Kompetenzen sowie ihre Berufs- und Lebenserfahrung einbringen. Dazu gehören Stellen mit kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten, die Teilzeitarbeit,

Job Sharing und andere Formen der individuellen Arbeitszeitregelung ermöglichen. Dazu gehört aber auch eine altersspezifische Weiterbildung, die zu einer erhöhten Produktivität und verbesserten Mobilität älterer Arbeitskräfte beiträgt. Entgegen landläufiger Vorurteile ist es nicht zwingend, dass der rasche technologische Fortschritt das Wissen und Können der über 50-Jährigen besonders schnell entwertet.

Gerade der Strukturwandel vom Industrie- zum Dienstleistungszeitalter bietet älteren Menschen gute Möglichkeiten, sich einzubringen. In Zukunft werden soziale Kompetenzen, Kommunikations- und Teamfähigkeiten, Erfahrung und Geduld, Kreativität und Neugier immer wichtiger werden. Dies sind Faktoren, die in der Regel mit zunehmendem Alter nicht schlechter werden müssen.

Ungenutzte Potenziale gibt es auch bei den Menschen mit Migrationshintergrund. Zu häufig scheitern Kinder mit ausländischen Wurzeln nicht an intellektuellen, sondern an sprachlichen Defiziten. Es ist unbestritten, dass bei ausländischen Kindern die Förderung des Deutschen als Zweitsprache umso erfolgreicher ist, je früher mit der Sprachförderung begonnen wird. Somit kommt Kindergärten und Vorschulen eine wichtige Rolle zu, die "Sprachlosigkeit" nicht-deutschsprachiger Kinder frühzeitig zu beheben.

Es ist in jeder Beziehung eine kostengünstigere und effizientere Strategie, die bereits in Deutschland lebenden Ausländer der zweiten und dritten Generation besser in die deutsche Gesellschaft und Arbeitswelt zu integrieren, als demografische Probleme durch den Zuzug "neuer" Ausländer beheben zu wollen.

Dieser Beitrag ist in der "WirtschaftsWoche", Nr. 27/2009, erschienen.